

# Dresdner Neueste Nachrichten

Heute  
neuen  
Roman

Anzeigenpreisliste  
mm-Zelle im  
70 mm breiter  
Anzeigenpreisliste  
Dr. J. Diefelbach für  
Schaltung an bestimmte  
über übernommen.

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugpreise: Zeit freier Zustellung ins Haus 2,00 RM.  
einzel. Trägerlohn monatlich  
Galtmonat 1,00 RM. Postbezug monatlich 2,00 RM. einsech. 43 Rpf. Postgebühren  
(ohne Zustellungsgebühren). Abdruckentgelt: Für die Woche 1,00 RM.  
Einzelnnummer 10 Rpf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Rpf.

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstraße 4

Postadresse: Dresden-A., Ortsteilnehmer 24601, Fernverkehr 14194, 20024, 27981-27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Distoriastr. 4a; Fernruf: Kurzfür 9361-9366  
Postfach: Dresden 2000 • Zusendungen ohne Rückporto werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsere Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 10 43. Jahrgang × Mit der Beilage „Technische Umschau“ Sonnabend, 12. Januar 1935

## Die ersten Sonderzüge in Saarbrücken

Dresdens Abschied von den Abstimmungsberechtigten — Deutschland geht nicht nach Genf — Währungspolitischer Vorstoß Flanderns

### Schweigender Empfang

Auch Züge aus Sachsen eingetroffen  
Telegramm unres nach dem Saargebiet  
entlassenen Sonderberichterhalters  
Lz. Saarbrücken, 11. Januar

Heute sind die ersten Sonderzüge mit Abstimmungsberechtigten aus dem Reich, darunter auch aus Sachsen, in Saarbrücken eingetroffen. Leider konnten sie nicht feierlich empfangen werden. Denn um den Separatisten einen Strich durch ihre Propagandapläne zu machen, hat die Deutsche Front angekündigt, daß künftig keine Empfänge der Sonderzüge mit Abstimmungsberechtigten mehr veranstaltet werden. In einem Aufruf wird betont, daß jeder deutsche Saarländer diese hatte wahrnehmen werden, während und diszipliniert beobachtet werde. Diese Forderung wird erfüllt werden: das Saarvolk wird auch die letzten Tage noch in Erfahrung wissen.

Dieses Rundgebungsverbot hat die Straßen in Saarbrücken heute völlig verändert. Die Aufkommenen mußten durch einen Polizeikordon, der die ganze Umgebung des Bahnhofsgebietes in weitem Bogen absperrte, zum Quartier der Deutschen Front, zum Café Kiefer, gehen. Weder die Polizei, noch die Ordnungsbüro, Journalisten und die Reisenden können den Bahnhof betreten. Der Ordnungsbüro der Deutschen Front, der älteren Personen das Gesicht abnimmt, kann nicht wagen, die Rechte zum Deutschen Gruß zu erheben. Dieser schweigende Empfang zeigt den aus dem Reich heimkehrenden sinnlos, welche Zustände die zentrale landfremde Regierung heraufbeschworen hat. Als ein Mann mit einem Vorhängeschloß am Mund erschien, fand er verständnisvolles Schmunzeln.

Die Tschilen und Schleier, die Dannebranner und Wellbleche, die heute gegen Mittag in dreizehn Zombes zügen hier eintrafen, erkannte man auf den Straßen auch schon an ihrem Dialekt. In eingehenden Betrachtungen ist allerdings heute keine Gelegenheit, weil Polizei und Ordnungsbüro zu Pferde seit den frühen Morgenstunden jede Annäherung von Menschen auf den Straßen verhindern. Die Polizei hatte auch zur Zeit der Ankunft der Züge die vom Bahnhof weiter erstarrt liegenden Straßen von dem kommunistischen Mob archaisch geläubert. Man sah, nachdem die anhängende Arbeiterkassette die Status-quo-Front längst verlassen hat, hier und da in kleinen Gruppen jenen Aufruf der Menschheit beiläufig, der schon allein im Ansehen als Verbrechertyp gekennzeichnet ist. Diese Gruppen wurden schnell auseinander getrieben.

### London zur Saarabstimmung

Telegramm unres Korrespondenten  
A. London, 11. Januar

Die englischen Blätter sind heute, wie schon in den letzten Tagen, voll von Artikeln und Korrespondenzberichten über die Saarfrage. Jedes Blatt widmet der Abstimmung einen Raum von mehreren Spalten. Obwohl man in milderer Sprache über die Lage in England kein Zweifel darüber hat, daß die Saarabstimmung sich mit überwältigender Mehrheit für Deutschland entscheiden wird. In einem Leitartikel schreibt die „Daily Mail“, daß keine Volksabstimmung der Vergangenheit mit dem Saarplebiszit verglichen werden könne. Im Leitbild heißt es in dem Artikel weiter, solange das Saargebiet von Deutschland abgetrennt sei, bestehe eine Gefahr für den Frieden. Die Kriegswolken, die heute über Europa hängen, würden am Sonntag verschwinden. Wenn eine entscheidende Mehrheit der Saarbevölkerung für eine Rückkehr des Gebietes nach Deutschland stimme, dann werde die Frage sofort und für immer erledigt. Der Artikel schließt mit den Worten: Europa hofft, daß die Frage am kommenden Sonntag endgültig im deutschen Sinne entschieden wird.

### Die Deutsche Front hält Disziplin

Neuer Sabotageplan der Separatisten aufgedeckt  
Telegramm unres nach dem Saargebiet entlassenen Sonderberichterhalters  
Lz. Saarbrücken, 11. Januar

Die deutsche Front hat heute wieder ein Beispiel für ihre Disziplin geliefert. Die Durchführung der Abstimmung am 18. Januar zu sabotieren, weil sie die letzte Hoffnung auf einen Erfolg für sich verloren hat. Sie plant, sich, die Durchführung der Abstimmung dadurch unmöglich zu machen, daß sie ihre Beisitzer in den Abstimmungsorten am Sonntag mittags zurückläßt. Damit soll auch nichts der Abstimmungsvorschriften der Abstimmung erreicht werden. Es ist aus, daß diese Sabotagepläne rechtzeitig bekanntgemacht sind und es dadurch möglich gemacht wurde, Gegenmaßnahmen vorzubereiten.

In diesem Zusammenhang hat der stellvertretende Landesleiter der Deutschen Front, Riechmann, einen Aufruf erlassen, in dem es heißt:  
„Nach einmündigen Überlegungen plant die Einheitsfront, das Aussehen von Plakaten am Abstimmungsort zum Anlaß zu nehmen, ihre Beisitzer aus den einzelnen Abstimmungsorten zurückzuführen. Wir wissen darüber hinaus, daß die Einheitsfront durch Propaganda das Aussehen von Plakaten in den Farben unserer Vaterland vornehmen zu lassen beabsichtigt. Die Mitglieder der Deutschen Front sind verpflichtet, jeder Vorkommnisse der Gegner mit größter Disziplin zu begegnen, da der Gegner versucht, Demonstrationen zu inszenieren und dadurch Zusammenstöße heraufzubeschwören.“

2. Es ist von und weiter festgestellt worden, daß die von der Abstimmungskommission für Plakate freigegebenen Tafeln von Angehörigen der gegnerischen Gruppen gerührt oder beschädigt worden sind, um auch diese Freiheitsländer vornehmlich der Deutschen Front und damit unserer Organisation zur Last zu legen. Ich erkläre, daß es sich bei diesen Vorgängen um eine bewusste Arbeit der Gegner handelt. Ich fordere alle Mitglieder der Deutschen Front auf, unverzüglich der Landesleitung der Deutschen Front Mitteilung über vorkommende Beschädigungen von Plakattafeln zu machen.

3. Volksgegner! Bleibt in den nächsten Tagen, insbesondere aber in den nächsten Nächten vor der Abstimmung den Straßen fern. Ich ermahne alle Mitglieder der Deutschen Front, die äußerste Disziplin zu wahren, da der Gegner versucht, Demonstrationen zu inszenieren und dadurch Zusammenstöße heraufzubeschwören.  
4. Der diesen Anordnungen zuwiderhandelt, stellt sich außerhalb unserer deutschen Volksgemeinschaft und ist als Provokatour zu behandeln.  
Wenn trotz aller dieser Maßnahmen die Separatisten versuchen sollten, am Sonntag auf ein Zeichen hin ihre Beisitzer aus den Abstimmungsorten zurückzuführen, so muß heute schon die Frage gestellt und beantwortet werden, daß die neutralen Vorsitzenden unter diesen Umständen das Recht und die Pflicht haben, einen andern Mann als Beisitzer heranzusuchen.



Arbeiter der Döllinger Grube zeigen, daß sie zu ihrem Vaterlande halten

zu machen. Wer so zur Ermittlung des Täters und dessen geistlicher Aburteilung beiträgt, erhält eine Belohnung von 100 Fr.

4. Der diesen Anordnungen zuwiderhandelt, stellt sich außerhalb unserer deutschen Volksgemeinschaft und ist als Provokatour zu behandeln.  
Wenn trotz aller dieser Maßnahmen die Separatisten versuchen sollten, am Sonntag auf ein Zeichen hin ihre Beisitzer aus den Abstimmungsorten zurückzuführen, so muß heute schon die Frage gestellt und beantwortet werden, daß die neutralen Vorsitzenden unter diesen Umständen das Recht und die Pflicht haben, einen andern Mann als Beisitzer heranzusuchen.

### Wegen einer schwarzen Mühe

Telegramm unres nach dem Saargebiet  
entlassenen Sonderberichterhalters  
Lz. Saarbrücken, 11. Januar

Die engen Beziehungen zwischen der französischen Verwaltung und den Leuten vom Status quo werden erneut durch einen Vorfall bewiesen, der sich in Jemmappe abspielte. Dort wurde der deutsche Zeiger Nixeder von dem Ingenieur Marjan angehalten weil er eine schwarze Mühe — ohne jedes Abzählen! — trug. Marjan tobte und schrie und machte Nixeder den Vorwurf, daß er „manifester“ sei. Er kündigte Nixeder sofort die Verhaftung für Dezember und Januar an und ließ ihn dann von einem Grubenwächter vom

### Keine Verzögerung!

Wieder einmal ist Deutschland aufgefordert worden, an einer Ratstagung des Völkerbundes in Genf teilzunehmen, auf der die Entscheidung über das Saargebiet auf Grund der Abstimmungsergebnisse gefaßt werden sollen. Der englische Botschafter Sir Eric Phipps hat gestern dem Reichsminister des Auswärtigen Hr. v. Neurath diese Einladung überbracht. Herr v. Neurath hat dem englischen Botschafter erklärt, daß die Reichsregierung, nachdem sie ihren Austritt aus dem Völkerbund erklärt habe, sich aus grundsätzlichen Erwägungen nicht in der Lage sehe, dieser Anregung Folge zu geben.

Es ist nicht das erste Mal, daß man uns an Saarverhandlungen nach Genf bittet. Die von Sir Eric Phipps überbrachte Einladung ist die Wiederholung eines ähnlichen Schrittes, der zu Beginn des vergangenen Jahres am 10. Januar 1934 erfolgte. Als damals der Völkerbundrat begann, sich mit der Saarfrage zu beschäftigen, wurde auf Anregung des französischen Vertreters Mollat von Generalsekretariat des Völkerbundes Deutschland eingeladen, an den Beratungen teilzunehmen.

Es war selbstverständlich, daß die Reichsregierung damals diese Aufforderung ablehnte. Seit Januar 1934 hat sich aber die Situation für Deutschland nicht grundlegend verändert, und infolgedessen mußte heute die gleiche Ablehnung erfolgen. Deutschland hat immerzeit erklärt, es werde nicht eher nach Genf zurückkehren, bis ihm die tatsächliche Gleichberechtigung angedehnt wäre. Es vertritt gegen die Würde eines großen Volkes, sich mit Wachen in Genf an einen Tisch zu setzen, die ihm diese Gleichberechtigung verweigern. Wir lassen uns auch nicht täuschen durch jene lediglich formale Erklärung der Räte vom 11. Dezember 1932, in der uns „auf Wunsch“ die Gleichberechtigung zugesprochen wurde, unter der stillschweigenden Voraussetzung nämlich, daß wir nie daran dächten, sie tatsächlich zu verlangen. Ganz abgesehen davon, ist ja übrigens durch das Verhalten Frankreichs immerzeit dieser Erklärung vom 11. Dezember 1932 jeder praktische Wert genommen; sie ist ein bedeutungsloses Stück Papier.

Abgesehen von diesen grundsätzlichen Erwägungen, steht die deutsche Regierung mit Recht auf dem Standpunkt, daß es in Genf nach der Feststellung des Abstimmungsergebnisses im Grunde gar nichts mehr zu entscheiden gibt. Was hat der Völkerbundrat eigentlich noch zu tun? Er hat lediglich die Aufgabe, die praktische Durchführung des Abstimmungsergebnisses zu veranlassen und dabei für mögliche Beilegung zu sorgen. Er muß den Termin der Nachlieferung bestimmen und einige wenige Ausführungsbestimmungen für die Ueberleitung aus dem jetzigen in den neuen Zustand erlassen. Das ist alles.

Natürlich bedarf es für diese Ueberleitung einer gründlichen Klärung aller technischen Fragen. Diese technischen Fragen betreffen vor allem Frankreich und Deutschland. Die Reichsregierung hat bei den November-Verhandlungen in Rom angeigt, daß sie diese Notwendigkeit erkenne, und es ist dadurch in Rom eine weitgehende Klärung bereits erfolgt. Frankreich und Deutschland haben sich in allen Einzelfragen geeinigt, und der Völkerbundrat hat diese Beschlüsse auf Empfehlung des Vorsitzenden des Dreierkomitees, Barons Kloff, aufgegeben. Wäre die Reichsregierung jetzt nach Genf gegangen, so hätte sie damit lediglich die Klärung geklärt, daß es zur endgültigen Regelung der Saarfrage noch neuer diplomatischer Verhandlungen bedarf. Das ist nicht der Fall. Die Frage ist erledigt. Das Saarvolk wird am Sonntag sprechen, und die Räte haben diesen Beschluß auszuführen.

Deutschland hat nur den einen Wunsch, daß die Entscheidung des Völkerbundrates nicht etwa, wie gewisse Meldungen wissen wollen, erneut hinausgeschoben wird. Eine Verlängerung des jetzigen ungelunden Zwischenzustandes würde vor allem der saarländischen Wirtschaft schwere Schäden zufügen. Aus diesem Grunde hat Herr v. Neurath gestern dem englischen Botschafter ausdrücklich noch einmal darauf hingewiesen, daß die Entscheidung des Völkerbundrates nach deutscher Ansicht sofort fallen muß und nicht etwa erneut hinausgeschoben werden darf.

Th. Sch.